

An den Oberbürgermeister

DIE LINKE. Ratsfraktion Münster

Achtermannstraße 19

48143 Münster

Telefon 02 51 / 9 81 60 51

26.04.2017

Ratsantrag

Mehr Wohnraum in Münster ! - Neue Ansätze für ein städtisches Handlungskonzept und die Wohn- und Stadtbau

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Zielzahl zur Errichtung neuer Wohnungen wird von 2000 auf 3000 neue Wohnungen im Jahr erhöht.
2. Es sollen jährlich mindestens 500 neue Sozialwohnungen, d.h. öffentlich geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung, errichtet werden.
3. Die finanziellen Mittel zum Ankauf von Grundstücken werden von 8 auf 20 Millionen Euro jährlich erhöht. Auch in Münster wird zukünftig statt des Verkaufs städtischer Grundstücke (nur noch in genehmigten Einzelfällen) die Erbpacht, insbesondere auch als Mittel zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums, angewendet.
4. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Wohn- und Stadtbau (W+S) wird finanziell, strukturell und organisatorisch besser aufgestellt. Die auch weiterhin vorgesehenen 3,7 Millionen-Zahlungen an die Stadt aus dem Managementkontrakt zwischen W+S und Stadt werden eingestellt und stattdessen wird die W+S angemessen mit Eigenkapital ausgestattet.
5. Alle Optionsflächen für bisher anderweitig avisierte Bauprojekte, wie Stadionneubau oder Justizvollzugsanstalt, werden auch im Hinblick auf den zukünftigen Wohnungsbau geprüft.
6. Die Option zur Errichtung eines neuen Stadtteils wird, auch auf den unter 5. genannten Flächen, nicht aufgegeben, sondern weiter geprüft.
7. Ein neuer bedarfsgerechter Wohnungsbaufonds, insbesondere zur Realisierung der

Konversion der Militärflächen und mit dem Vorrang der Schaffung preiswerten Wohnraums, wird aufgelegt. Aus diesem wird insbesondere auch die städtische Wohn- und Stadtbau, die einen Großteil des Wohnungsneubaus auf diesen Flächen realisieren soll, unterstützt.

Begründung:

Die wachsende Stadt Münster braucht dringend mehr neuen Wohnraum, denn es fehlen mindestens 5000 Sozialwohnungen und zusätzlich weitere 5000 Wohnungen bereits aktuell in der Stadt. Laut "Planungswerkstatt 2030" sollen künftig nur 2000 neue Wohnungen pro Jahr in Münster errichtet werden. Als besonders problematisch hat sich herausgestellt, dass selbst diese Zielzahl aber bisher in keinem Jahr real erreicht und teilweise deutlich verfehlt worden ist, wie aus dem aktuellen Bericht zur SoBoMü hervorgeht. Um die Zielzahl von 2000 zu erreichen, oder perspektivisch zu überschreiten, müssen daher von vornherein mehr geplant und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Zudem sollen daher die bisher 24 Flächen, die für den Stadionneubau in Betracht gezogen wurden, ebenso wie die für die neue Justizvollzugsanstalt avisierten, im Hinblick auf ihre Eignung als Wohnungsbauflächen geprüft werden. Außerdem muss die Planung für einen neuen Stadtteil weiter geprüft werden, denn der Verwaltungsvorschlag für die städtische Planungswerkstatt will diese nicht weiter verfolgen

Die Infrastruktur der bestehenden Stadtteile ist zum Teil aber schon jetzt überlastet und führt zunehmend auch zu Belastungen der bereits ansässigen Bevölkerung. Zudem ist der Rückgang der Sozialwohnungen auf unter 7000 höchst problematisch. Mindestens 500 Wohnungen müssen jährlich gebaut werden um nicht nur den Ausgleich der Abgänge aus der Mietpreisbindung auszugleichen, sondern perspektivisch die Wohnungszahl insgesamt wieder zu erhöhen. Zur Zeit gibt es 2870 Menschen mit WB Schein und der aktuelle Mietspiegel von April 2017 weist auch weiterhin deutlich steigende Preise - insbesondere in der Innenstadt - aus.

Damit das Ziel auch erreicht werden kann, soll neben den oben genannten Maßnahmen insbesondere das städtische Tochterunternehmen Wohn- und Stadtbau finanziell besser ausgestattet werden, wie die oben genannten Punkte verdeutlichen. Zudem sollte es deutlich mehr finanzielle Mittel im städtischen Haushalt für Grundstücksankäufe geben.

DIE LINKE. Ratsfraktion Münster
Rüdiger Sagel, Fatma Kirgil, Heiko Wischnewski, Ortrud Philipp